

Kiel, 22. August 2023

## Pressemitteilung

Krankenhausreform

### Freiberufliche Praxen und Apotheken schützen

**Im Zuge der Diskussion um die Krankenhausreform droht die ambulante Versorgung von Patienten in Vergessenheit zu geraten. Das kritisiert der Gesundheitspolitische Arbeitskreis (GPA) der MIT-SH (Mittelstands- und Wirtschaftsunion). In einem Positionspapier fordert die MIT Schleswig-Holstein die Politik auf, die freiberuflichen Praxen und Apotheken als Rückgrat der Gesundheitsversorgung nicht zu vergessen.**

Die ambulante Gesundheitsversorgung in unserem Land mit den freien Praxen und Apotheken ist die erste niedrigschwellige Anlaufstelle für Patientinnen und Patienten. Diese Versorgungsstruktur erbringt patientennah ambulante ärztliche, zahnärztliche, psychotherapeutische, physiotherapeutische und pharmazeutische Leistungen. 90% der Patientinnen und Patienten suchen zuerst in den niedergelassenen Praxen und Apotheken Hilfe. Diese Struktur hat uns auch durch die Pandemie geführt: Über 95% der Covid-Patienten wurden ambulant behandelt und größtenteils wurde in den Praxen geimpft, was die Krankenhäuser entlastete.

**Die MIT Schleswig-Holstein fordert daher, die ambulante Versorgung und hier die freiberuflichen Praxen und Apotheken stärker in den Fokus zu nehmen.**

**Stefan Lange, Landesvorsitzender der MIT-Schleswig-Holstein:**

*„Das System der Freiberuflichkeit und Selbständigkeit ist nicht nur wirtschaftlich effizient, sondern auch entscheidend für den medizinischen Erfolg. Es ist unabhängiger von Einwirkung und Interessen Dritter, bietet Therapiefreiheit und sorgt für Vertrauen der Patienten, weil eine persönliche Verantwortung und Bindung des behandelnden Arztes, Apothekers oder Therapeuten zum Patienten besteht. Dem muss die Politik Rechnung tragen.“*

Laut einer Umfrage der Stiftung Gesundheit bewerten mehr als ein Drittel der Hausärzte, Fachärzte und Zahnärzte ihre Arbeitsbedingungen als „schlecht“ oder „sehr schlecht“, bei den Apothekern ist es sogar mehr als jeder zweite. Hauptbelastungsfaktoren sind danach administrative Arbeiten (57,1%) und Aufwand für Technik und Digitalisierung (56,1%). Insgesamt fühlen sich die ambulant Tätigen von der Politik übergangen und nicht wertgeschätzt.

Die MIT fordert in ihrem Positionspapier den Bundesgesundheitsminister auf, zu handeln, um den Bestand der ambulanten Versorgung zu gewährleisten. Konkret bedeutet das z.B.:

- frühzeitige Einbindung des Sachverständigen der Gesundheitsberufe in alle gesundheitspolitischen Reformvorhaben und deren Umsetzung
- konsequenter Bürokratieabbau
- sofortige Beendigung der innovationshemmenden Budgetierung der Haus- und grundversorgenden Fachärzte und Zahnärzte,
- Erhöhung des Orientierungspunktwertes
- Fachliche und finanzielle Novellierung der Gebührenordnungen
- Erhöhung der seit Jahrzehnten stagnierenden Apothekenhonorierung
- Weiterbildung durch gezielte Fördermaßnahmen weiter stärken
- zunehmende Kommerzialisierung der Medizin durch externe Investoren stoppen

Eine Krankenhausreform dürfe nicht losgelöst von der ambulanten Versorgung geplant werden, so lange weiter. Wo ambulante Strukturen fehlen, müssen stationäre geschaffen werden, was die Versorgung insgesamt teurer machen und die Krankenkassenbeiträge steigen lassen würde.

*Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion Deutschlands (MIT) ist die größte parteipolitische Wirtschaftsvereinigung Europas. Sie engagiert sich insbesondere für die Belange der Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU). Der schleswig-holsteinische MIT-Landesvorsitzende Stefan Lange ist als direkter Ansprechpartner unter [stefan.lange@mit-sh.de](mailto:stefan.lange@mit-sh.de) zu erreichen.*

**Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein (MIT)**

V.i.S.d.P.: Thomas Klömmel, Landesgeschäftsführer, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel, Tel.: 0431 6609965, E-Mail: [info@mit-sh.de](mailto:info@mit-sh.de); [www.mit-sh.de](http://www.mit-sh.de)